

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Jugendzeitung einschließlich Bringenlohn monatlich 80 Pf. in Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Gespaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Insete müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 188.

Dresden, Dienstag den 17. August 1909.

20. Jahrg.

## Die finanzielle Hinterlassenschaft des Bülow-Blocks.

Es ist durchaus nötig, über die neuere Schuld des konservativen Blocks die schwerere Schuld des konservativ-liberalen Blocks zu veröffentlichen. So ungeheuerlich die Steuerleistung Schwarzens ist, so ist aber genau so ungeheuerlich die Leistung, die seit den Postentwöhnungen in den Bülow-Jahren in den Reichsfinanzen angesetzt wurde. Eine halbamtliche Korrespondenz stellt fest, daß der Fehlbetrag des Rechnungsjahres 1908 sich auf mindestens 145 Millionen beläuft. Das ist der größte Fehlbetrag, den je ein Reich seit seinem Bestehen in der Reichsgeschichte hat. Das Reich seit seinem Bestehen in der Reichsgeschichte hat. Das Reich seit seinem Bestehen in der Reichsgeschichte hat.

A. Zunahme der Reichsschuld:	
1. Etat 1907	250 Mill. M.
2. Etat 1908	250
3. Etat 1909	300
Zusammen 700 Mill. M.	
B. Gebundene Matriculaubeiträge:	
1. Auf Grund des Gesetzes von 1906 in den Jahren 1906—1908 gebunden	145 Mill. M.
2. Zurechnungen und Rückwirkungen der Beamtenaufhebung	97
Zusammen 242 Mill. M.	
C. Fehlbeträge:	
Fehlbetrag von 1908	140 Mill. M.
Also insgesamt Reichsschulden	1082 Mill. M.

Rechnet man hierzu den Fehlbetrag von 1907 in Höhe von 14. M. und die von den Bundesstaaten entrichteten circa 100. Matriculaubeiträge, so ergibt sich für die drei konservativen Blockjahre ein Fehlbetrag der Reichsschuld von 1200 Millionen Mark, also für jedes Blockjahr 400 Millionen Schulden und Fehlbetrag.

Ungewöhnliche Fehlbeträge und weitere reichende Zunahme der Schulden sind ein wesentlicher Kennzeichen der Wirtschaftskrisis. Diese Tatsachen dürfen keineswegs in den Hintergrund gedrückt werden durch die neuen Steuerentwürfe des konservativ-liberal-politisch-antijewischen Bundes.

Anderserseits ist es aber auch ein Schauspiel, das der Weltöffentlichkeit entsetzt, wenn jetzt die Zentrums-Presse mit großem Getöse die Sünden ihrer Partei durch eifrige Denunziation der gegenwärtigen Blockwirtschaft zu vertuschen versucht. Diese sind eben so tragisch wie die liberalen Verluste, jetzt schwere Blockschulden des Liberalismus durch Anklagen gegen Schwarzens vergessen machen zu wollen. Und im besonderen kann man es nicht verstehen, wenn die Germania, das Berliner Blatt, die Ursachen der Fehlbeträge ausgerechnet und schließlich bei der Reichs-Presse sieht und die Zentrums-Partei schuldig ansagen möchte, weil sie gewisse Uebelstände in der Verwaltung des Reichspostwesens getadelt habe. Die Germania darauf hin, daß die Personalverhältnisse im Reichspostgebiet verfahren seien, daß eine ungeheuerliche Verschwendung an dem Verwaltungspersonal, besonders auch in kleinen Städten, eben sei; in Orten, wo ein tüchtiger Postverwalter die ganze Sache besorgen könnte, sitzen heute mindestens ein Postdirektor, Postinspektor und ein Obersekretär. So beachtlich dieser Fehlbetrag ist, so übersteigt nur das Zentrum, daß dieser Uebelstand nicht erst jetzt gesehen besteht, sondern seit manchen Jahren, noch das Zentrum die Macht hatte. Und vor allem ist es nicht eine Lächerlichkeit ohne gleichen, die große Schuld an der Verrentung der Reichsfinanzen gerade auf die Fehler der Reichspostverwaltung abzuwälzen. Rechnliche Verschwendung wie Reichspostverwaltung, ist von den sozialdemokratischen Abgeordneten für so gut wie sämtliche Verwaltungsgebiete des Reichs nachgewiesen worden, insbesondere für die Militärverwaltung, für die Marineverwaltung, für die Kolonialverwaltung. Und all diese Verschwendungen, die nicht mehr Fehler einzelner, sondern ein ganzes System von Unfähigkeiten sind, datieren nicht erst aus den letzten Blockjahren, sondern aus der früheren Zeit, da Zentrum Trumpf war.

Au dem Glanz der Reichsfinanzen, das wiederum das Ende neuer wohlbedrückender Steuern erzeugt, sind die bürgerlichen Klassen allzusehr schuldig. Wenn sie sich gegenseitig ihre Sünden reinwaschen, so mag beinahe die richtige Summe herauskommen. Die gründliche Aenderung dieses Reichslebens wird aber auch die neuen Steuern nicht herbeigeführt werden und nicht etwa die verschärfte Ersparungsversuche auf diesem oder jenem Punkte der Reichsverwaltung. Solange die Ausgabenbegrenzung in den Reichsfinanzen des Kriegsjahres im alten Geleise fortgeht, ist an Heilung der Reichsfinanzen immer zu denken.

## Bedeutende Aufwendungen für Kriegsluftschiffe in Sicht.

Mitten in den Streit der bürgerlichen Parteien über ihren Anteil an dem Finanzplaner plant schon die Kammer von neuen Ausgaben, die den alten Jammern trotz der neuen Steuern von neuem herausbeschwören werden.

Es wird uns gemeldet:

Graf Zeppelin baut selbst Luftschiffe und das Reich nimmt sie ihm ab. Damit ist aber nichts getan, denn diese Luftschiffe machen nicht nur einmalige Ausgaben, sondern auch eine Menge fortwährender, und zwar sehr steigender Ausgaben, notwendig. Zunächst müssen Hallen gebaut werden, und dann ist auch Bedienungsmannschaft für die Ballons nötig; denn die Militärverwaltung hat natürlich nicht die Absicht, die Luftschiffe fein säuberlich zusammengerollt irgendwo lagern zu lassen. So wird jetzt mitgeteilt — und diese Meldung ist zweifellos richtig —, daß im Etat für 1910 ganz erhebliche Mittel verlangt werden für eine große Vermehrung der Luftschiff-Abteilung. Angeblich soll das Bestreben vorhanden sein, für die Luftschiffahrt eine Elite-Truppe heranzubilden. Es ist klar, daß auf diese Weise der Militäretat wieder um Millionen in die Höhe schnellen wird. Wenn bis jetzt die Kosten der Luftschiffahrt nicht als besonders wesentlich in die Erscheinung getreten sind, so liegt das daran, daß sie bei einem Etatkapital verreckt werden, bei dem kein Mensch derartige Ausgaben vermutet. Für die Dauer geht das nicht; denn mit der Vermehrung der Luftschiffe und der dadurch bedingten Vermehrung der Bedienungsmannschaften stellt sich die Notwendigkeit heraus, auch eine klare Uebersicht über die Höhe der Ausgaben zu bekommen, der Ausgaben, die heute schon als ganz enorm bezeichnet werden müssen.

Es ist die Tragik von vielen bedeutender Geistesgaben in unserm widerstandsfähigen Zeitalter, daß sie in den Dienst der menschenfeindlichen Bestrebungen gedrängt werden. Die Kulturleistung des leitenden Luftschiffes wird kulturmäßig mißbraucht zur Förderung der Völkerverfeindlichkeit und Kriegshetze!

## Auch die Flottenreiter sind am Werk.

Die der Buk-Korrespondenz mitgeteilt wird, soll schon im Herbst dieses Jahres eine kräftige Aktion zur weiteren Aufgestaltung unserer Marine eingeleitet werden, die eine teilweise Aenderung des Flottengesetzes zum Ziele hat. Es wird in erster Linie eine Koalition von Flottenreiteren gefordert, die eine kräftige Vermehrung der Panzerkreuzer vom Jahre 1912 an fordern soll. Insbesondere soll gelehrt festgelegt werden, daß vom Jahre 1912 an jährlich drei Panzerkreuzer, die den modernen Vinienschiffen an Geschwindigkeit ebenbürtig sind, auf Stapel gelegt werden zum Erlaß der Kaiserin Augusta und der Victoria Klasse, die nicht mehr als vollwertige große Kreuzer anzusehen sind und nur als geschützte Kreuzer Verwendung finden sollen. Der Bau großer Panzerkreuzer, die den Vinienschiffen an Geschwindigkeit überlegen sind, wird nach den Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges als unbedingt notwendig hingestellt, wenn die deutsche Flotte in Bezug auf ihre Geschwindigkeit nicht hinter andere Nationen zurückbleiben soll.

Ferner wird die vollständige Durchführung der sogenannten Reformen, die sich bisher aus finanziellen Gründen Schwierigkeiten entgegengestellt haben, gefordert. Wenn die Reformen durchgeführt sind, soll die Hälfte der alten Mannschaft auf der Hochseeflotte und von der verbleibenden Hälfte wieder die eine Hälfte bei der Mittel- und die andere Hälfte bei den älteren Kriegsschiffen Verwendung finden, so daß im Kriegsfall auf je einen aktiven Mann ein Reserveemann kommt.

## Der Kampf in Schweden.

Auch der gestrige Montag hat die Hoffnungen der Unternehmer nicht erfüllt. Die Reihen der Ausständigen sind geblieben geblieben; nirgends haben sie sich zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet. Selbst die größten Prestitionen und Lockungen, die die Unternehmererschaft versucht hat, sind ergebnislos geblieben. Die Unternehmer hatten Erhöhungen von 5 bis 10 Prozent, einzelne Unternehmungen hatten sogar den Ausständigen Aktien verprochen, wenn sie die Arbeit wieder aufnehmen würden. Aber alle diese Lockungen wirkten an den ausgeschlossenen Reihen der Streikenden ab.

Das Landessekretariat der Gewerkschaften veröffentlicht in dem offiziellen Organ der Streikenden ein Manifest, wonach die lokalen Streikkomitees angewiesen werden, den Besonderen Unterstellungen zu gewähren. Die von der Arbeitererschaft des Auslandes bekundete internationale Solidarität hat also die oberste Leitung der Gewerkschaften bereits in den Stand gesetzt, unter Zuhilfenahme der eigenen Mittel den Kampfen eine Unterstützung zu gewähren, soweit eine Notwendigkeit dazu vorliegt. Damit ist aber auch die Möglichkeit geschaffen, den Kampf solange fortzusetzen, bis das Unternehmertum von der Fruchtlosigkeit seines Beginns überzeugt sein wird.

Die Kosten, die dieser sinnlos herausbeschworene Kampf den Unternehmern bis jetzt bereitet, sind ungemein hoch. Nach zuverlässigen Berechnungen erfordert das in der schwedischen Industrie investierte Kapital täglich eine halbe Million Kronen zur Verzinsung. Dazu kommt noch eine Viertelmillion Kronen, die die Unternehmerzentrale an direkten täglichen Ausgaben während des Kampfes hat, so daß schon diese Summe allein während des Kampfes der Verluste, die die Industrie durch den Kampf erleidet, bereits ausreichen müßte, das Unternehmertum von der Sinnlosigkeit des Kampfes zu überzeugen.

Stockholm, 16. August. Der führende Arbeitersekretär Lindquist erklärte, daß in der heutigen Situation des Streiks eine Annäherung beider Lager unmöglich ist, daß es aber, wenn die Gesellschaft leide, Pflicht der Regierung wäre, das allgemeine Interesse zu wahren.

## Die Antwort der schwedischen Sozialdemokratie.

Auf die telegraphische Mitteilung, daß der Parteivorstand aus der Zentralkasse 20 000 M. und daß die Berliner Parteigenossen aus ihrer Verbandskasse 5000 M. für die im Generallstreik stehenden schwedischen Genossen bewilligt hätten, antwortete die Parteileitung der schwedischen Sozialdemokratie telegraphisch:

An den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie! Euer und der Berliner Genossen glänzendes Zeugnis der Solidarität wurde von den versammelten Gewerkschaftsvorständen mit Jubel begrüßt. Hoch die Internationale! Stockholm, den 13. August 1909. Widmann, Branting.

Stockholm, 16. August. Die Arbeiter hielten eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, am Streik nicht teilzunehmen. Laut Aussage des Sekretärs des Eisenbahnerbundes wird an keinen Streik der Eisenbahnarbeiter gedacht.

Stockholm, 16. August. Am letzten Freitag fand der Gewerkschaftsbeamte Gustafson vor dem Strafgericht. Er hat die Staatsanwaltschaft zum Anschluß aufgefordert: eine nach schwedischer Recht strafbare Handlung. Der Ankläger forderte strengste Strafe und sofortige Verhaftung, da die Gefahr der Wiederholung vorliege. Das Gericht lehnte die Verhaftung ab und setzte die Weiterverhandlung auf 14 Tage aus.

## Die Kämpfe in Barcelona.

Paris, 16. August. In der Humanität gibt Garos Ribas eine ausführliche Darstellung der jüngsten Ereignisse in Spanien. Seine Ausführungen verdienen ein ganz besonderes Interesse, weil sie in vielem von der Darstellung, wie sie bisher von bürgerlicher Seite gegeben wurde, abweichen, besonders weil sie auch genau die Rolle, die die Arbeiterorganisationen, die sozialistische Partei gespielt haben, klarlegen.

Im Auszug lauten Ribas' Ausführungen: Der jüngste Kongreß der sozialistischen Föderation von Katalonien nahm zuerst eine Resolution an, in der die Parteigenossen verpflichtet wurden, Versammlungen abzuhalten und Manifestationen zu veranstalten, um das Proletariat zu einer einheitlichen Kundgebung vorzubereiten für den Fall, daß sich die Erklärung des Generallstreiks als notwendig erweisen würde. Dann veranfaßte die Arbeiterorganisation von Larosa eine große Versammlung im Teatro Regia. Mariano Castellote sollte für die anarchistische, Garos Ribas, für die sozialistische Partei das Wort ergreifen. Auf den Vorschlag von Ribas wurde in dieser von 4000 Arbeitern besuchten Versammlung eine Resolution angenommen, in der der Wille zum Generallstreik betont wurde. Der Regierungsvorsteher, der der Versammlung beobachtete, verurteilte mehrere Male, sie aufzulösen, aber die Haltung der Menge verhinderte ihn daran.

Am 23. Juli veröffentlichte das Blatt der katalonischen Partei, der International, einen Aufruf gegen den Krieg und schlug vor, einen außerordentlichen Kongreß in Madrid abzuhalten. Zur geheimen Vorbereitung des Generallstreiks war es schon zu spät. Die Regierung machte bekannt, daß sie keine gegen den Krieg gerichtete Versammlung mehr dulden würde und verbot eine Zusammenkunft der Delegierten der dem regionalen Arbeiterbund Solidaridad Obrera angehörenden Gewerkschaften. Dem schlossen sich die Vertreter der Partei der Arbeiterindikatoren und der anarchistischen Gruppen zur Erneuerung eines Streikkomitees und zur Bildung einer revolutionären Organisation zusammen, die Versammlungen im Freien ermöglichte.

Das Zentrallstreikkomitee bestand aus drei Genossen. Man schrieb nach Madrid, Saragossa, Bilbao und anderen spanischen Städten, um anzukündigen, daß am 26. Juli der Generallstreik beginnen sollte. Delegierte des Streikkomitees begaben sich zu dem Führer der republikanischen Partei, Ferrer, die sonst vorgibt, eine Verteidigerin der Arbeiterklasse zu sein und der tatsächlich viele Arbeiter angehören. Die Partei des Herrn Ferrer, die sich der Regierung und die bürgerliche Presse Spaniens und Frankreichs für die ganze Verantwortlichkeit für die insurrektionelle Bewegung zuschiebt, antwortete, daß sie offiziell nicht marschieren könne.

Am 26. Juli war alles zum Losfahren bereit. Die einzigen, die von allem nichts wußten, waren die Herren der Polizei und vor allem der „gubernador civil“, der Präfect von Barcelona, Gallardo, dessen Laufbahn durch den Ausbruch des Generallstreiks besiegelt wurde. Was die bürgerlichen Republikaner seit achtzehn Monaten nicht fertig gebracht hatten, schafften die Arbeiter in einigen Stunden. Ribas schilbert dann, wie sich der Generallstreik ausbreitete. Aus Sabadell, einer 30 Kilometer von Barcelona entfernten Stadt, wurde dem Streikkomitee Hilfe angeboten, die es aber zurück-